



NIEDERSCHRIFT

Gremium	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
Sitzungsnummer	FuW/037/2020
Datum	Dienstag, den 04.02.2020
Sitzungsbeginn	18:00 Uhr
Sitzungsende	22:25 Uhr
Sitzungsort	Sitzungsraum Nr. 003/004 des Neuen Rathauses

Anwesend:

vom Gremium

Uwe Schmal	Ausschussvorsitzender	CDU
Tim Brückmann	Stadtverordneter	SPD
Christopher Bursukis	Stadtverordneter	SPD
Karlheinz Schäfer	Stadtverordneter	SPD
Udo Volck	Stadtverordnetenvorsteher	SPD
Klaus Breidsprecher	Stadtverordneter	CDU
Dorothea Marx	Stadtverordnete	CDU; i.V.f. Stv Cloos
Bernd Müller	Stadtverordneter	FW
Dr. Matthias Büger	Fraktionsvorsitzender	FDP
Thorben Sämann	Fraktionsvorsitzender	Bündnis 90/Die Grünen
Dr. Wolfgang Bohn	Fraktionsvorsitzender	NPD

vom Magistrat

Manfred Wagner	Oberbürgermeister
Jörg Kratkey	Stadtrat

von der Verwaltung

Tobias Wein	Rechtsamt
Andrea Simon	Kämmerei
Andreas Schäfer	Kämmerei

Thomas Wüst
Wolfgang Böcher
Björn Kelschenbach
Rolf Hess

Jugendamt
Jugendamt
Personal- und Organisationsamt
Eigenbetrieb Stadthallen

außerdem war anwesend

Renate Pfeiffer-Scherf Stadtverordnete FW

AV S c h m a l eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass gegen die Form und Frist der Einladung keine Einwendungen erhoben wurden und dass der Ausschuss mit 11 Mitgliedern beschlussfähig ist. Die Ausschussmitglieder verständigten sich darauf, die Beratung von Tagesordnungspunkt 3 vor den Tagesordnungspunkt 2 zu ziehen. Sie bestätigten einstimmig die nachfolgende

Tagesordnung:

- 1 Mitteilungen und Anfragen**
- 2 Doppelhaushalt 2020/2021**
- 3 Eigenbetrieb Stadthallen Wetzlar
Wirtschaftsplan 2020
Vorlage: 1554/20 – I/517**
- 4 Anlagerichtlinie für die Stadt Wetzlar
Vorlage: 1563/20 – I/521**
- 5 Wegfall der Hochstraße B 49
Sicherstellung der verkehrlichen Erreichbarkeit der Stadt
Vorlage: 1541/19 – I/513**
- 6 City-Bus
Kostenlose Nutzung
Prüfungsauftrag
Vorlage: 1566/20 – I/516**
- 7 Jahresbericht der Tourist-Information 2018
Vorlage: 1536/19 – I/514
Mitteilungsvorlage**
- 8 Straßenbauprogramm
Vorlage: 1537/19 – I/515
Mitteilungsvorlage**

- 9 **Bericht IV. Quartal 2019**
Vorlage: 1561/20 – I/519
Mitteilungsvorlage
- 10 **Grundstücksverkauf**
Veysel Özen, Wetzlar (Zehntscheune)
Änderung der Grundstücksvorlage DRU-Nr. 1442/19 – II/150
Vorlage: 1564/20 – II/170
- 11 **Grundstücksankauf**
Barbara Otto, Wetzlar und Gisela Marta Otto, Aßlar
Vorlage: 1568/20 – II/171
- 12 **Grundstücksankauf**
Land Rheinland-Pfalz, der Erbgemeinschaft Deis, Frau Diana Deis und
Herr Tobias Deis und der Erbgemeinschaft Deis, Herr Peter Deis,
Herr Uwe Deis und Herr Bernhard Deis
Vorlage: 1569/20 – II/172
- 13 **Verschiedenes**

zu 1 Mitteilungen und Anfragen

Mitteilungen

Keine Wortmeldungen.

Anfragen

Keine Wortmeldungen.

zu 2 Doppelhaushalt 2020/2021

Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2020/2021

Seite 157, Produkt Nr. 0125300 – Leasingangebot für Mitarbeiter

Stv B r e i d s p r e c h e r erkundigte sich, warum das Leasingangebot nicht in Anspruch genommen wurde. StR K r a t k e y erklärte, das Angebot sei verglichen mit dem Leasing oder Kauf eines Fahrzeugs über einen Drittanbieter unattraktiv geworden.

Seite 162, Produkt Nr. 0135100 – Mitarbeiterschulungen im Bereich der Digitalisierung

FrkV Dr. B ü g e r lobte den Anstieg des Ansatzes auf fast 300.000 Euro und fragte nach, wozu das Geld genau investiert werden solle. StR K r a t k e y führte aus, dass die beispielhaft genannten Programme umfassende Anwendungsbereiche hätten. OB W a g n e r ergänzte, die Maßnahmen seien vor dem Hintergrund der gestiegenen rechtlichen Vorgaben für Digitalisierung und elektronische Erreichbarkeit der Behörden unerlässlich.

Seite 203, Produkt Nr. 0190100 – Erwerb von Flächen im Rahmen „Stadtumbau West“

Stv B r e i d s p r e c h e r fragte, welche Flächen dies betreffe und was das Projekt beinhalte. OB W a g n e r beschrieb den betroffenen Bereich von der Überführung am Forum in der Bahnhofstraße bis an den Neustädter Knoten. Es gebe eine Förderung durch das Umbauprogramm Hessen, einen Rahmenplan und ein dafür eingesetztes Gremium. Um diese Pläne umzusetzen, sei der Erwerb von Grundstücken notwendig.

Seite 204, Produkt Nr. 0190100 – Ankauf von Grundstücken entlang des Welschbaches zur Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie

Stv B r e i d s p r e c h e r vergewisserte sich, dass der Kauf der Grundstücke für die Erfüllung der Vorgaben notwendig sei. StR K r a t k e y legte dar, dass die Stadt mit dem Kauf der Verpflichtung nachkomme, in die Nahbereiche von Flüssen und Bächen zu investieren. Dies bilde auch die Voraussetzung für eine Förderung durch das Programm „Wilde Bäche“.

Seite 243, Produkt Nr. 0410100 – Sanierung Palais Papius

FrkV Dr. B ü g e r erkundigte sich nach möglichen Gewährleistungen, die die Stadt in Bezug auf die Sanierungsarbeiten in Anspruch nehmen kann. StR K r a t k e y fasste zusammen, dass über die Notwendigkeit der Restauration Einigkeit bestanden habe, Kosten in dieser Höhe jedoch nicht vorhergesehen werden konnten. Arbeiten wie die am Putz und im unausgebauten Straßenzug seien unerlässlich, ein Teil der Kosten fließe sogar in den Abschluss der ursprünglichen Arbeiten. Zudem sei die regelmäßige Erneuerung des Opferputzes zum Werterhalt des Gebäudes unerlässlich. Die fünfjährige Gewährleistungspflicht aus der Restauration der Fenster sei bereits abgelaufen.

Seite 213, Produkt Nr. 0196100 – Mieten und Pachten Jugendbildungswerk

Stv B r e i d s p r e c h e r fragte nach, was es mit der Kostensteigerung auf sich habe. OB W a g n e r wies darauf hin, dass in den neuen Räumlichkeiten nicht nur das Jugendbildungswerk, sondern die gesamte Abteilung Jugend untergebracht werde, die ihr jetziges Gebäude im Zuge des Neubaus der Feuerwache 1 verliere. Es werde also insgesamt mehr Raum benötigt.

Seite 232, Produkt Nr. 0240300 – Beschaffung einer kombinierten Rotlicht- und Geschwindigkeitsüberwachungsanlage

Stv B r e i d s p r e c h e r informierte sich über den Einsatzort des neuen Gerätes. StR K r a t k e y korrigierte, es handle sich nicht um eine Neuinstallation, sondern um den Austausch einer bestehenden Anlage, um den rechtlichen Vorgaben zu entsprechen.

Seite 254, Produkt Nr. 0420300 – Zuschuss Musikschule für Miete an Stadt

FrkV Dr. B o h n fragte, warum die Stadt Miete an sich selbst zahle. StR K r a t k e y klärte auf, dass die Stadt Wetzlar die Musikschule unterstütze, indem sie ihr die Miete für das Gebäude erlasse. Daher gebe es den Haushaltsansatz, in dem der Musikschule die gezahlte Miete gutgeschrieben werde.

Seite 269, Produkt Nr. 0510100 – Offene Seniorenarbeit

FrkV Dr. B ü g e r erkundigte sich, ob die Erhöhung des Ansatzes das Resultat gesteigerter Nutzerzahlen sei. OB W a g n e r legte dar, dass der Betrag neben den beiden Einkaufslinien auch diverse Seniorenveranstaltungen beinhalte. Eine Aufstellung darüber werde dem Ausschuss zur Verfügung gestellt.

Seite 278, Produkt Nr. 0620100 – Honorare für Referenten „Qualifizierung der Tagespflegepersonen“

Auf Frage von Stv B r e i d s p r e c h e r nach der Erhöhung der Position um das Zehnfache führte OB W a g n e r aus, dass die Kindertagespflege rechtlich einem KiTa-Platz gleichgestellt sei. Die Stadt bemühe sich daher, im Rahmen des Ausbaus der Kindertagesbetreuung auch das Kindertagespflege-Angebot zu erweitern. Daher sei eine Qualifizierungsoffensive für Tagespflegekräfte geplant. Eine besondere Aufgabe der Kindertagespflege liege zudem in der Betreuung von Kindern vor und nach den Öffnungszeiten der Kindertagesstätten.

Seite 293, Produkt Nr. 0650100 – Jugendsozialarbeit/Jugendberufshilfe

FrkV Dr. B o h n informierte sich, ob die Kostenstellen nach Nationalität der Leistungsempfänger aufgeschlüsselt werden könnten. OB W a g n e r verneinte dies. Die aufgeführten Leistungen seien für Menschen zu erbringen, die laut Gesetz unter die Zuständigkeit des Jugendamtes fielen und nicht von deren Herkunft abhängig.

Seite 296, Produkt Nr. 0655100 – Allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie

FrkV Dr. B o h n fragte nach, warum der Ansatz im Vergleich zum Jahr 2018 so stark reduziert wurde. Herr W ü s t legte dar, dass ein Teil der Aufgaben unter diesem Ansatz an eine andere Stelle verschoben wurde, da dieser Teil unter die Steuerung durch einen Hilfeplan fielen, mittels dessen die Effektivität, der Inhalt und die Notwendigkeit der Maßnahmen geprüft würden. Auf die verbliebenen Aufgaben treffe das nicht zu.

Seite 298, Produkt Nr. 0660800 – Heimerziehung/Erziehung in einer sonstigen betreuten Wohnform

Auf Rückfrage von FrkV Dr. B o h n informierte Herr W ü s t, dass etwa 100 Fälle pro Jahr unter diesen Ansatz fielen. Eine Differenzierung nach Nationalität fände auch hier nicht statt.

Seite 300, Produkt Nr. 0665100 – Erstattungen von sozialen Leistungen vom Land (unbegleitete, minderjährige Ausländer)

Stv B r e i d s p r e c h e r hinterfragte die Reduzierung des Ansatzes von mehr als 1,6 Millionen Euro auf 160.000 Euro. Die Stadt Wetzlar habe im Rahmen der Kooperation alle dem Landkreis zugewiesenen und in der Stadt Wetzlar untergebrachten Fälle übernommen und sollte dafür zusätzliche Gelder erhalten. OB W a g n e r stellte richtig, dass es sich hierbei um die Betreuung unbegleiteter, minderjähriger Ausländer handle, die die Stadt Wetzlar schon seit längerem übernehme. Der niedrigere Ansatz sei auf einen Rückgang der Fallzahlen zurückzuführen.

FrkV Dr. B o h n erkundigte sich, ob es eine Überprüfung gebe, dass die Leistungsempfänger minderjährig seien. Herr W ü s t antwortete, es gebe diesbezüglich rechtliche Vorgaben und ein genormtes Verfahren zur Alterseinschätzung bei der Registrierung minderjähriger Flüchtlinge. In Wetzlar übernehme der Kreis diese Aufgabe.

Seite 335, Produkt Nr. 0820100 – Zuschüsse für laufende Zwecke an EB Bäder

Auf Bitte von Stv B r e i d s p r e c h e r führte StR K r a t k e y aus, der Ansatz sei das Resultat der Zusammenfassung aller ursprünglichen Aufwendungen, da diese nun im Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs auftauchten. Im Haushalt der Stadt tauchten sie nur noch als gebündelte Aufwendung auf. Die zusätzliche 1 Million Euro aus der Änderungsliste bilde die Anschubfinanzierung für den Eigenbetrieb, damit dieser in der Lage sei, die anstehenden Investitionen zu finanzieren.

Stv B r e i d s p r e c h e r fragte nach, warum die Anschubfinanzierung nicht aus den Verpflichtungsermächtigungen des Doppelhaushalts 2018/2019 entnommen wurde. OB W a g n e r erläuterte, die Verpflichtungsermächtigung diene der Planung für das Freibad. Diese Ansätze seien voneinander unabhängig und die entsprechenden Gelder würden an den Eigenbetrieb überwiesen, sobald die Vergabe an ein Planungsbüro erfolgt sei.

Auf Rückfrage ergänzte StR K r a t k e y, eine Vollfinanzierung des Freibades sei durch den städtischen Haushalt nicht möglich. Diese müsse immer anteilig aus dem Haushalt und durch Fremdfinanzierung stattfinden. Die Stadt werde dem Eigenbetrieb immer die notwendigen Gelder zukommen lassen, die er benötige, um seine Verpflichtungen zu erfüllen. Zur Betreuung der Maßnahme, so OB W a g n e r, bediene man sich des Personals des Amtes für Gebäudemanagement.

Seite 314, Produkt Nr. 0690100 – Zuwendung vom Bund für das Sprachförderprogramm „Frühe Chancen“

FrkV Dr. B o h n informierte sich, warum es für das Jahr 2021 keinen Ansatz mehr für das Programm gebe. OB W a g n e r antwortete, dieses sei ausgelaufen und es habe sich kein Anschlussprogramm gefunden.

Seite 322, Produkt Nr. 0690300 – Unterstützung selbstorganisierter Förderung / Freier Träger

FrkV Dr. B o h n erkundigte sich, wer die Freien Träger seien und warum die Bezuschussung und die Unterstützung durch Landesmittel sich so wesentlich erhöht hätten. StR K r a t k e y beschrieb die Freien Träger als die nichtstädtischen Betreiber von Kindertagesstätten, die in Wetzlar etwa die Hälfte der Einrichtungen betreuten. Die Gelder, die diesen zum Betrieb der Kindertageseinrichtungen fehlten, müssten laut Gesetz von der Stadt aufgebracht werden. Die Kosten seien in diesem Bereich gestiegen, da es zu höheren Anforderungen an die Kindertagesbetreuung gebe, zum anderen der Elternbeitrag zur Betreuung von Ü3-Kindern weggefallen sei. Die Landesmittel gingen entsprechend der Kinderzahl an die Träger der Einrichtungen, um die weggefallenen Elternbeiträge auszugleichen. Auf Nachfrage von FrkV Dr. B ü g e r, welche Kosteneinsparung die Abgabe der Trägerschaft einer Kindertagesstätte an einen Freien Träger für die Stadt bedeute, gab OB W a g n e r an, die Stadt trage etwa 85 % der Kosten, der Freie Träger reduziere die Gesamtkosten also um ca. 15 %.

Seite 347, Produkt Nr. 0910100 – Aufwendungen für Sachverständige, Rechtsanwälte und Gerichtskosten

Stv B r e i d s p r e c h e r bat um Erläuterung des starken Anstiegs. StR K r a t k e y wies zunächst darauf hin, dass die Stadt Wetzlar in der Kontenbenennung und Zuordnung keine Freiheiten habe. Der Ansatz enthalte unter anderem die Aufwendungen für Sachverständige des Stadtumbauprogramms und für Machbarkeitsuntersuchungen, deren Mittelbedarf teils vom Land vorgegeben werde. Auf die Rückfrage von Stv B r e i d s p r e c h e r, ob die artenschutzfachliche Untersuchung regelmäßig erfolgen müsse, erklärte StR K r a t k e y, die Untersuchung laufe einmalig über einen Zeitraum von 12 Monaten, weshalb sie in zwei Haushaltsjahren anteilig auftauche. Sie entspreche damit ebenfalls den Landesvorgaben.

Seite 331, Produkt Nr. 0810100 – Sport und Flüchtlinge

FrkV B o h n fragte nach, ob diese Gelder an ausländische Sportvereine gingen. OB W a g n e r informierte, dass dieser Ansatz der Unterstützung deutscher Vereine diene, die Integrationsarbeit leisteten.

Seite 394, Produkt Nr. 1210700 – Rad- und Fußverkehrskonzept

Die Frage von Stv B r e i d s p r e c h e r, ob es sich hierbei um weitere Planungskosten handle, verneinte StR K r a t k e y. Der Ansatz beinhalte die Kosten der Umsetzung kleiner und mittlerer Maßnahmen aus dem Konzept.

Seite 401, Produkt Nr. 1290100 - ÖPNV

FrkV Dr. B o h n erkundigte sich nach der starken Kostenerhöhung. StR K r a t k e y führte aus, dass dies aus den Kosten der Fortschreibung des Nahverkehrsplanes erfolge. Diese fielen an, unabhängig davon, ob die Stadt die Aufgabe selbst übernehme oder delegiere.

Seite 405, Produkt Nr. 1310100 – Instandhaltung von städtischen Grünflächen, Böschungsflächen etc.

FrkV Dr. B o h n hinterfragte die starken Schwankungen in diesem Ansatz. StR K r a t k e y beschrieb, dass diese Beträge aus der von der Landesarchäologie vorgeschriebenen Untersuchung des Altstadtgrüngürtels resultierten.

Seite 432, Produkt Nr. 1420100 – Umsetzung der Maßnahmen aus dem Energie- und Klimaschutzkonzept

Stv B r e i d s p r e c h e r wollte wissen, um welche Maßnahmen es sich genau handle. Frau S i m o n beschrieb, dass sich der Ansatz in erster Linie aus Prozessunterstützungskosten, Lizenzkosten, Sachausgaben und Planungsunterlagen zusammensetze. Diese seien mit den entsprechenden Landesfördermitteln verrechnet worden. Die Maßnahmen fielen unter das Paket „Klimawandelanpassung“. OB W a g n e r sagte eine weiterführende Erläuterung im Ältestenrat zu.

Seite 451, Produkt Nr. 1630100 – Zuschüsse für laufende Zwecke an verbundene Unternehmen

StR K r a t k e y bejahte die Nachfrage von Stv B r e i d s p r e c h e r, ob diese Gelder an ein Unternehmen im Eigentum der Stadt gezahlt würden. Es handle sich um Zuschüsse für die Eigenbetriebe.

Rechtsprechung zur Vergabe hoheitlicher Aufgaben an externe Dienstleister (Ordnungspolizei)

FrkV Dr. B ü g e r erkundigte sich nach den Auswirkungen der richterlichen Entscheidung auf den Haushalt. StR K r a t k e y legte dar, dass die Stadt Wetzlar die monatlichen Erträge von etwa 25.000 Euro für Bußgelder und ähnliches seit Jahresbeginn nicht mehr erhalte. Demgegenüber seien jedoch auch die Sachkosten für die externen Mitarbeiter mit Ende Januar 2020 entfallen, so dass sich diese Ansätze in etwa ausglich. Sobald die Rechtslage vollständig geklärt sei und neues Personal akquiriert werden konnte, wolle man diese Arbeit wieder aufnehmen.

Investitionsprogramm

Keine Wortmeldungen.

Ergebnis- und Finanzplan 2019 - 2024

Keine Wortmeldungen.

Stellenplan

Seite 485 – Personalbetreuung

Stv B r e i d s p r e c h e r erkundigte sich nach den Inhalten der neuen Stelle. OB W a g n e r erklärte, die Stelle setze sich jeweils hälftig aus den Bereichen Arbeitsschutz und –sicherheit zusammen.

Seite 486 – Beratung, Information und Förderung im Umwelt- und Naturschutz

Stv B r e i d s p r e c h e r erkundigte sich nach den Inhalten der neuen Stelle. OB W a g n e r erklärte, die Stelle sei im Bereich Klimaanpassung, Klimaschutz angesiedelt.

Seite 482 – Brand- und Katastrophenschutz

Stv B r e i d s p r e c h e r erkundigte sich nach den Inhalten der neuen Stellen. OB W a g n e r erklärte, der Personalbedarf der Feuerwehr richte sich vornehmlich an der Vorgabe aus, nach einer Alarmierung innerhalb von 10 Minuten vor Ort zu sein. Dazu kämen beispielsweise Aufgaben in Verbindung mit Reparatur- und Wartungsdienstleistungen gegenüber anderen Gebietskörperschaften sowie die Betreuung des Fuhrparks und der Kleiderkammer. Der hier entstehende Personalbedarf könne durch die Unterstützung durch ehrenamtliche Feuerwehrleute allein nicht gedeckt werden.

Seite 488 – Techn. Gebäudemanagement von städtischen Immobilien

FrkV Dr. B o h n erkundigte sich nach den Inhalten der Stelle. OB W a g n e r erklärte, dass es sich hierbei um eine Architektenstelle handle, die im Rahmen der zahlreichen, teils sehr umfangreichen anstehenden Hochbauvorhaben geschaffen werde.

Seite 483 – Sonstige soziale Leistungen nach SGB

Stv B r e i d s p r e c h e r erkundigte sich nach den Inhalten der neuen Stelle. OB W a g n e r erklärte, mit der Neuschaffung trage man den zusätzlichen Aufgaben Rechnung, die durch Inkrafttreten des Bundesteilhabegesetzes auf die Stadt zukämen. Ob die Übernahme dieser Aufgabe eine Veränderung der Kreisumlage zur Folge habe, werde sich zeigen.

Seiten 487 und 489 – Verschiedene Stellen im Jugendamt

Stv B r e i d s p r e c h e r erkundigte sich nach den Inhalten der neuen Stellen. OB W a g n e r erklärte, die Stellenneuschaffungen seien die Reaktion auf Veränderungen in der Rechtslage sowie in den Fallzahlen der Leistungsempfänger. Die einzelnen Stellen seien den Abteilungen wie folgt zugeordnet:

- 0,5 Wirtschaftliche Jugendhilfe, Abrechnung ASD,
- 1 Sozialarbeiterstelle,
- 2 Verwaltungsstellen (BTHG)
- 6 Stellen ASD
- 0,5 Stellen Leitung ASD
- 1 Aufstellung Pflegekinderdienst

Mit Inkrafttreten des Gute-KiTa-Gesetzes könne es zur Schaffung weiterer Stellen kommen.

Änderungsliste

Ergebnishaushalt

Lfd. Nr. 9 - 13

FrkV Dr. B ü g e r informierte sich über die höheren Erträge durch Steuereinnahmen und die Absenkung der Kreisumlage und der Schulumlage. StR K r a t k e y stellte klar, dass es sich nicht um eine Absenkung der Kreisumlage, sondern um eine Anpassung an die tatsächlichen Verhältnisse handle. Zudem seien die endgültigen Daten vom Land in diesem Jahr so spät wie noch in keinem Jahr zuvor festgelegt worden.

Finanzhaushalt

Lfd. Nr. 7

Stv B r e i d s p r e c h e r fragte nach, ob es zu diesem Ansatz eine Vorlage gebe. StR K r a t k e y erklärte, dass der Zuschuss des Stammkapitals mit der gleichen Drucksache beschlossen worden sei, wie die Bildung des Eigenbetriebs Bäder.

Abstimmung Haushaltssicherungskonzept: 9.1.1

Abstimmung Änderungsliste: 8.0.3

Haushaltsanträge

Antrag 101 – Parlamentarischer Abend

Stv B r ü c k m a n n kritisierte, der Betrag sei zu hoch angesetzt, die SPD-Fraktion sei mit einem einmaligen Betrag von 7.500 Euro für das Jahr 2020 einverstanden. Stv B r e i d s p r e c h e r und FrkV Dr. B ü g e r sprachen sich grundsätzlich für die Wiedereinführung des parlamentarischen Abends aus, da dieser ein Ausdruck der Wertschätzung für die ehrenamtliche Tätigkeit sei.

Abstimmung mit o. g. Änderung: 11.0.0

Antrag 102 – Streichung der Aufwendungen für den Ausländerbeirat und die Förderung ausländischer vereine

FrkV Dr. B o h n gab den Inhalt des Antrags und dessen Begründung wieder.

Abstimmung: 1.10.0

Antrag 103 – Rücknahme der 10%-Kürzung der Vereinsförderungen

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 5.6.0

Antrag 104 – Erhöhung des Reisekostenbudgets für Fort- und Weiterbildung des Magistrats

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 1.10.0

Antrag 105 - Erhöhung des Reisekostenbudgets für Fort- und Weiterbildung des Magistrats

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 1.10.0

Antrag 106 – Streichung des Haushaltsansatzes „Patenschaft 3. Welt“

Stv B r e i d s p r e c h e r fragte nach der Höhe des Haushaltsansatzes. StR K r a t – k e y informierte, dass es sich hierbei um eine Unterstützung für Burkina Faso in Höhe von insgesamt 900 Euro handle.

Abstimmung: 1.10.0

Antrag 107 - Digitalisierungsoffensive

FrkV Dr. B ü g e r begründete den Antrag und führte aus, dass die FDP ein größeres Maß an Digitalisierung von der Verwaltung erwarte, als bisher umgesetzt worden sei. OB W a g n e r beschrieb die Maßnahmen der Stadt, um das digitale Angebot zu erweitern. Zusätzliche Gelder würden dafür nicht benötigt.

Abstimmung: 1.7.3

Antrag 108 – Freies WLAN

FrkV Dr. B ü g e r begründete den Antrag. OB W a g n e r legte dar, dass es bereits in einigen Gebäuden der Verwaltung freien Zugang zu einem WLAN-Netz gebe. Die Gestaltung in den Räumlichkeiten der Eigenbetriebe läge in deren Verantwortung und erscheine daher auch nicht im Kernhaushalt der Stadt. Wolle man ein flächendeckendes Netz anbieten, seien dafür noch vor der Einstellung in den Haushalt Sondierungsgespräche, beispielsweise mit der enwag, vonnöten.

Abstimmung: 1.7.3

Antrag 109 – Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten

FrkV Dr. B o h n begründete den Antrag. StR K r a t k e y korrigierte die Begründung. Die Strafgebühren seien nach Rechnungseingang unverzüglich beglichen worden. Sie beträfen damit nur den Haushalt 2019.

Abstimmung: 1.10.0

Antrag 110 – Erhöhung des Reisekostenbudgets für Fort- und Weiterbildung des Rechtsamtes

FrkV Dr. B o h n begründete den Antrag.

Abstimmung: 1.10.0

Antrag 111 – Einführung des Freiwilligen Polizeidienstes

Stv B r e i d s p r e c h e r begründete den Antrag. Es sei wichtig, der Bevölkerung ein Sicherheitsgefühl zu geben. Dazu müssten die rechtlichen Grundlagen und Befugnisse des Freiwilligen Polizeidienstes klar definiert sein. StR K r a t k e y erklärte, diese Option werde bereits in Kooperation mit dem Programm „KOMPASS“ geprüft und die Möglichkeiten für das zukünftige Vorgehen sondiert. In Frankfurt hätten die Hilfspolizisten weitreichendere Befugnisse als die Ordnungspolizisten mit einer höherwertigen Ausbildung gehabt. Da dies schon illegitim gewesen sei, gelte das voraussichtlich auch für den Einsatz eines Freiwilligen Polizeidienstes. Sobald es klare rechtliche Rahmenbedingungen gebe, könne der Magistrat planen. Bis dahin sei der Haushaltsantrag jedoch verfrüht und voraussichtlich über einen deutlich zu hohen Betrag gestellt. StvV V o l c k stimmte dem Inhalt des Antrages zu, vertrat aber ebenfalls die Auffassung, dass dieser zum jetzigen Zeitpunkt zu voreilig sei. FrkV Dr. B o h n unterstrich noch einmal, dass zuerst die rechtliche Situation zu klären sei.

StV Breidsprecher wies darauf hin, dass auf Empfehlung des hessischen Innenministers bereits zahlreiche Kommunen einen Freiwilligen Polizeidienst eingerichtet hätten. FrkV Dr. B ü g e r wies auf die besondere Brisanz im Zusammenhang mit hoheitlichen Aufgaben hin. Vor diesem Hintergrund sei die gerichtliche Entscheidung abzuwarten, bevor man über die Umsetzung des Projektes diskutieren könne.

StR K r a t k e y wiederholte seine Bedenken bezüglich der Rechtssicherheit. Die Stadt evaluiere derzeit mögliche zukünftige Programme, um die Sicherheit und das objektive Sicherheitsgefühl der Bewohner und Besucher im Stadtgebiet zu gewährleisten und zu verstärken. FrkV Dr. B o h n schlug vor, sich bei der Stadt Gießen nach den rechtlichen Hintergründen ihres Freiwilligen Polizeidienstes zu erkundigen.

Abstimmung: 4.7.0

Antrag 112 – Erhöhung der Zuschüsse zur Musikförderung

Abstimmung: 1.6.4

Antrag 113 – Laufender Zuschuss zur Musikschule

FrkV Dr. B ü g e r berichtete, dass die Förderung der Musikschulen in Hessen zu den schlechtesten gehöre. Das Land habe seine Beiträge erhöht und erwarte nun, dass die Kommunen diesem Beispiel folgen. Er unterstrich die Bedeutung der Förderung, um die Ausbildung durch qualifizierte Lehrkräfte an der Schule zu gewährleisten. StR K r a t k e y versicherte, der Magistrat sei sich der Situation bewusst. Man befinde sich bereits mit dem zuständigen Ministerium im Gespräch. Der Mietzuschuss sei jedoch nach wie vor eine große Entlastung für die Musikschule.

Abstimmung: 2.6.3

Antrag 114 – Kulturentwicklungsplan

Die Vertreter der Oppositionsfraktionen sprachen sich gegen die Aufstellung eines Kulturentwicklungsplanes aus. Das Ziel und der Nutzen eines solchen seien nicht erkennbar. Den kulturschaffenden Vereinen sei zudem mehr geholfen, wenn ihnen die Gelder als direkte Förderung zügigen.

Abstimmung: 5.6.0

Antrag 115 – Zuschuss zur Beratungsstelle Häusliche Gewalt des Frauenhauses

FrkV S ä m a n n führte aus, dass die Förderung der Beratungsstelle durch den Landkreis und die Stadt erfolge. Da der Kreis seinen Zuschuss erhöht habe, sei die Koalition der Auffassung, die Stadt sollte sich hier solidarisch zeigen.

Abstimmung: 11.0.0

Antrag 116 – Zuschuss zur Migrationsberatungsstelle der AWO

FrkV Dr. B o h n begründete den Antrag. FrkV Dr. B ü g e r stellte klar, dass es sich bei der AWO Frankfurt um einen anderen Verband handle, als bei der AWO Lahn-Dill. Letzteren für die Verfehlung des Ersteren zu belangen, sei als „Sippenhaft“ gesetzeswidrig. Zudem lobte er die gute Arbeit des lokalen Kreisverbandes. Stv B r e i d s p r e c h e r unterstrich die Wichtigkeit der Kooperation mit der AWO für die Kommunikation mit Migranten. Diese sei besonders in Bezug auf die Informationsbeschaffung essenziell.

Abstimmung: 1.10.0

Antrag 117 - WetzlarCard

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 4.6.1

Antrag 118 – Bildungsfonds für Kindertagesstätten

FrkV Dr. B ü g e r erklärte, der Antrag diene dem weiteren Ausbau des Bildungsangebotes, um den Kindertagesstätten mehr Gestaltungsfreiheit zu geben. FrkV Dr. B o h n sprach sich gegen staatliche Erziehung aus. OB W a g n e r führte aus, dass jede Kindertagesstätte ihr eigenes Angebot und Profil habe und dass es zahlreiche Bildungsangebote in Kooperation mit Landkreis und Bibliotheken gebe. Die Kindertagesstätten seien in Bezug auf Ausstattung und Digitalisierung gut aufgestellt. Die geforderten Gelder würden nicht benötigt, um dem Bildungsauftrag der Tagesbetreuung gerecht zu werden.

Abstimmung: 1.7.3

Antrag 119 – Fremdreinigung in Einrichtungen der Jugendarbeit

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 1.10.0

Antrag 120 – Aufstellung eines Flächennutzungsplanes für das gesamte Stadtgebiet

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 4.6.1

Antrag 121 – Bürgerbeteiligungsverfahren Gewerbegebiet Münchholzhausen Nord

FrkV Dr. B ü g e r begründete diesen und den folgenden Antrag. Die FDP-Fraktion sehe Bedarf für eine stärkere Einbeziehung der Bürger und die Notwendigkeit, entsprechende Mittel in den Haushalt einzustellen.

Abstimmung: 4.6.1

Antrag 122 – Bürgerbeteiligung städtebauliche Entwicklung

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 5.6.0

Antrag 123 – Gutachten über den Sanierungsbedarf von Bismarck- und Kalsmuntturm

FrkV Dr. B ü g e r fasste zusammen, dass allen Fraktionen an der Restauration gelegen sei. Unabhängige Experten hätten die vorliegende Kosteneinschätzung jedoch als deutlich zu hoch bewertet. Eine Ermittlung der tatsächlichen Kosten sei daher der notwendige erste Schritt. Stv B r e i d s p r e c h e r stellte klar, dass die Maßnahmen der CDU-Fraktion nicht schnell genug gingen. Er fordere den Beginn der Sanierungsarbeiten. FrkV Dr. B o h n unterstützte die CDU-Anträge zu diesem Thema (Nr. 124 und 125).

Abstimmung: 1.7.3

Antrag 124 – Nächster Sanierungsabschnitt des Kalsmuntturms

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 4.6.1

Antrag 125 – Sanierung des Bismarckturms

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 4.6.1

Antrag 126 – Parkplatzmarkierungen Lahninsel

Abstimmung: 1.6.4

Antrag 127 – Instandhaltung öffentlicher Grün- und Freizeitanlagen

FrkV Dr. B ü g e r kritisierte den höheren Ansatz trotz geringerer Kosten aufgrund des Projektes „Wetzlars Wilde Wiesen“ und der Einschätzung des Rechnungshofs, dass es bereits überdurchschnittlich viele Grünflächen im Stadtgebiet gebe. StR K r a t k e y wies darauf hin, dass der Haushaltsansatz nichts mit dem Projekt zu tun habe, sondern sich auf notwendige Pflegearbeiten, wie den Freischnitt von Böschungsgebieten, Wanderwegen, Inschriften und Denkmälern, beziehe. Die Erhöhung gegenüber dem Vorjahr sei eine Vorgabe des Landesamtes für Denkmalpflege. Dazu kämen das Konzept zur Pflege des Grüngürtels um die Altstadt und die Treppensanierung in Steindorf. Stv B r e i d s p r e c h e r lehnte eine Kürzung des Ansatzes ab, die CDU-Fraktion wolle den Bestand an gepflegten Grünflächen erhalten. FrkV Dr. B o h n stimmte ihm zu.

Abstimmung: 1.10.0

Antrag 128 – Sanierung des Kriegerdenkmals in Steindorf und Anbringung der Plakette

FrkV Dr. B ü g e r erkundigte sich nach dem Betrag des Antrags. StR K r a t k e y erklärte, dass lt. Verwaltung hierfür Mittel in Höhe von 5.000 Euro ausreichend seien.

Abstimmung: 11.0.0

Antrag 129 – Sanierung Friedhofstreppe Hermannstein

Auf Rückfrage von FrkV Dr. B ü g e r, warum der Antrag im UVE-Ausschuss im Geschäftsgang belassen wurde, führte StR K r a t k e y aus, der Betrag sei bereits im Haushalt vorgesehen, so dass der Antrag nicht beschlossen werden müsse.

Der Antrag wurde zur Kenntnis genommen.

Antrag 130 – Kreisumlage und Grundsteuer B

FrkV Dr. B ü g e r legte dar, dass aufgrund der Einsparung Gelder über die Grundsteuer B an die Bürger zurückgegeben werden sollten. Auf Nachfrage von Stv B r e i d – s p r e c h e r bezifferte StR K r a t k e y die Einsparung durch Absenkung der Kreisumlage auf etwa 450.000 Euro im Jahr. FrkV Dr. B o h n erachtete den Antrag als überflüssig, da die Absenkung der Grundsteuer B bei einem Anstieg der Kreisumlage wieder rückgängig gemacht werden müsse.

Abstimmung: 1.7.3

Antrag 201 - Bauerwartungsland

FrkV Dr. B o h n begründete den Antrag damit, dass der Haushaltsansatz die Entstehung von Betonwüsten begünstige.

Abstimmung: 1.10.0

Antrag 202 – Freibad Domblick

Stv B r e i d s p r e c h e r führte aus, es sei der CDU-Fraktion wichtig, das Thema in der Stadtverordnetenversammlung zu diskutieren. FrkV Dr. B o h n merkte an, dass die Stadt bereits mit der Planung begonnen habe. Zusätzliche Gelder seien zur Planung nicht erforderlich. OB W a g n e r fasste zusammen, dass die notwendigen Gelder für das weitere Vorgehen in Bezug auf die Sanierung Teil der 1 Million Euro seien, die als Liquiditätshilfe an den Eigenbetrieb Bäder gingen. Die Planungen seien seit dem Vergabeverfahren 2017 Aufgabe des damit betrauten Planungsbüros.

Abstimmung: 4.7.0

Antrag 203 – Planung Gewerbegebiet Münchholzhausen

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 4.6.1

Antrag 204 – Endausbau Dillstraße in Hermannstein

Der Antrag wurde im Geschäftsgang belassen.

Antrag 205 – Deckensanierung des Parkplatzes am Sportplatz in Hermannstein

Der Antrag wurde im Geschäftsgang belassen.

Antrag 206 – Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED-Technik

FrkV Dr. B ü g e r hinterfragte die Höhe des Antrags und erklärte für seine Fraktion Enthaltung.

Abstimmung: 3.7.1

Antrag 207 – Ersatzneubau der Fußgängerbrücke an der Nonnenmühle

Abstimmung: 6.0.5

Antrag 208 – Endausbau Baugebiet Hundsrücken II

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 4.7.0

Antrag 209 – Städtisches Lastenfahrrad

AV S c h m a l wies darauf hin, dass der Betrag für die Anschaffung eines Lastenfahrrads zu gering sei. FrkV Dr. B ü g e r erklärte, die FDP-Fraktion wolle mit dem Antrag einen Denkanstoß geben.

Abstimmung: 1.7.3

Antrag 210 – Möblierung des Platzes am Liebfrauenberg

FrkV Dr. B ü g e r erinnerte an die Bedeutung des Platzes für die Anwohner und legte dar, dass für dessen Aufwertung Gelder in den Haushalt eingestellt werden müssten. Auf Rückfrage von Stv B r e i d s p r e c h e r führte OB W a g n e r aus, zunächst müsse das Bauvorhaben in der Umgebung des Platzes abgeschlossen werden. Danach könne man sich der weiteren Ausgestaltung annehmen.

Abstimmung: 1.7.3

Abstimmung Gesamthaushalt: 6.5.0

zu 3 Eigenbetrieb Stadthallen Wetzlar
Wirtschaftsplan 2020
Vorlage: 1554/20 – I/517

(Die Beratung fand vor TOP 2 statt)

FrkV Dr. B ü g e r sprach das Negativergebnis in Höhe von 1 Million Euro an und erkundigte sich, wie der Magistrat darauf zu reagieren gedenke. StR K r a t k e y führte aus, dass Bürgerhäuser immer Zuschussbetriebe seien. Mit dem Bau der Arena und Einrichtung der Tourist-Information sei bereits klar gewesen, dass es hier immer Defizite geben würde, die ausgeglichen werden müssten. Man habe sich dennoch dafür entschieden, dieses Angebot zu gewährleisten. Er stellte zudem klar, dass der Magistrat nicht beabsichtige, die Bürgerhäuser zu schließen.

Herr H e s s bedankte sich für die offene Diskussion, die verdeutliche, dass der Fehlbetrag keine Unwirtschaftlichkeit der Stadthalle darstelle. Vielmehr sei dieser das Resultat verschiedener Zuschussangebote, wie der Tourist-Information oder dem City-Bus, die im Vergleich mit anderen Städten sogar sehr kostengünstig arbeiteten. Zudem sei der Eigenbetrieb aufgrund des vielfältigen Angebotes in der Lage, einen Großteil dieser Aufwendungen vom Finanzamt zurückzufordern.

Stv B r e i d s p r e c h e r erkundigte sich nach den Rechtsstreitigkeiten zwischen der Stadtverwaltung und dem Hotel Michel. OB W a g n e r korrigierte, dass es keinen Konflikt gegeben habe. Ein Bewerber in der Vergabe der Pacht des Wetzlarer Hofes habe Kritik am Verfahren geäußert, die aus Sicht des Magistrates nicht gerechtfertigt gewesen seien. Dies sei den Anwälten des Bewerbers mitgeteilt worden. Danach habe es keine weitere Kommunikation, geschweige denn eine Klage gegen die Stadt gegeben.

FrkV Dr. B ü g e r fragte nach, ab wann das Defizit des Eigenbetriebes mit Geldern aus dem Haushalt der Kernverwaltung ausgeglichen werden müsse. Herr H e s s erläuterte, dass zwischen hoheitlichen Verlusten und solchen gewerblicher Art zu unterscheiden sei. StR K r a t k e y sagte Beantwortung zu.

Abstimmung: 11.0.0

zu 4 Anlagerichtlinie für die Stadt Wetzlar
Vorlage: 1563/20 – I/521

FrkV Dr. B ü g e r erkundigte sich nach der Höhe der anzumeldenden Gelder. StR K r a t k e y erklärte, dass die Einnahmen zu den vier großen Steuerterminen mit der Richtlinie abgeglichen würden. Es gehe dabei jedoch nicht um große Anlagen. Die Aufstellung der Richtlinie sei jedoch eine neue Vorgabe des Hessischen Ministeriums des Inneren und für Sport.

Abstimmung: 10.0.1

zu 5 Wegfall der Hochstraße B 49
Sicherstellung der verkehrlichen Erreichbarkeit der Stadt
Vorlage: 1541/19 – I/513

FrkV Dr. B ü g e r schlug vor, die Entscheidung über die Zukunft der B 49 abzuwarten, um dann auf die tatsächlichen Umstände zu reagieren. OB W a g n e r erklärte, das Ziel des Antrages sei, die Sicherstellung der verkehrlichen Erreichbarkeit innerhalb des Stadtgebiets in der Zeit nach dem unvermeidlichen Wegfall der Hochstraße zu gewährleisten. In welcher Form die Bundesstraße ersetzt werden solle, spiele daher für den Antrag keine Rolle. Auf die Kritik von Stv B r e i d s p r e c h e r am sehr frühen Zeitpunkt des Antrags entgegnete StR K r a t k e y, man wolle frühzeitig planen, um rechtzeitig Maßnahmen ergreifen zu können. Andernfalls müsse man im Jahr 2027 die Konsequenzen tragen.

Abstimmung: 6.4.1

zu 6 City-Bus
Kostenlose Nutzung
Prüfungsauftrag
Vorlage: 1566/20 – I/516

FrkV Dr. B ü g e r begründete den Antrag. Der geringe Fahrgastbeitrag falle bei der Finanzierung des Angebotes kaum ins Gewicht.

Abstimmung: 11.0.0

zu 7 Jahresbericht der Tourist-Information 2018
Vorlage: 1536/19 – I/514
Mitteilungsvorlage

Der Jahresbericht wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8 Straßenbauprogramm
Vorlage: 1537/19 – I/515
Mitteilungsvorlage

Der Bericht wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9 Bericht IV. Quartal 2019
Vorlage: 1561/20 – I/519
Mitteilungsvorlage

Der Bericht wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10 Grundstücksverkauf
Veysel Özen, Wetzlar (Zehntscheune)
Änderung der Grundstücksvorlage DRU-Nr. 1442/19 – II/150
Vorlage: 1564/20 – II/170

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 10.0.1

zu 11 Grundstücksankauf
Barbara Otto, Wetzlar und Gisela Marta Otto, Aßlar
Vorlage: 1568/20 – II/171

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 11.0.0

zu 12 Grundstücksankauf
Land Rheinland-Pfalz, der Erbgemeinschaft Deis, Frau Diana Deis
und Herr Tobias Deis und der Erbgemeinschaft Deis, Herr Peter Deis,
Herr Uwe Deis und Herr Bernhard Deis
Vorlage: 1569/20 – II/172

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 11.0.0

zu 13 Verschiedenes

Keine Wortmeldungen.

AV S c h m a l schloss die 37. Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses.

Der Ausschussvorsitzende:

Der Schriftführer:

S c h m a l

R e u s c h l i n g